

„Sultanspaläste in Volkes Hand“¹

Das Engagement der DDR in Südjemen als sozialistisches State- und Nation-Building

Miriam Müller

Der folgende Beitrag stellt die zentralen Ergebnisse der in englischer Sprache verfaßten Dissertationsschrift der Autorin vor, eingereicht Ende 2014 an der Freien Universität Berlin und der University of Victoria, Canada. Die Arbeit erscheint im Herbst 2015 unter dem Titel „A spectacle is haunting Arabia – How the Germans brought their Marxism to Yemen“ im Transcript Verlag.

„Für die Wüste und den Beduinen war die Ankunft der Briten wohl kaum mehr als eine Laune Gottes. Die riesigen Dünen, endlosen Horizonte, das faulige Wasser, die einsam wandernden Kamele und die erhabene Arroganz der Beduinenseele haben etwas Ewiges an sich. Die Römer, die Abbassiden, die Türken, die Briten – sie alle kamen und gingen. Wer auch immer als nächstes kommen mag, wird genauso wenig dauerhafte Spuren hinterlassen im Sand der jemenitischen Wüste.“

Alfree, „The Hawks of Hadramaut“, 1967

Und es kam – die DDR. Ausgerechnet der „außenpolitische Zwerg“ Deutsche Demokratische Republik wandelte auf den Spuren des British Empire, um seinen „Platz an der Sonne“² einzufordern. Wenngleich die DDR, geführt von ihrer Staatspartei SED, offiziell ohne koloniale Mission zum Golf von Aden aufgebrochen war, zielte Ost-Berlins Außenpolitik in Südjemen nichtsdestoweniger darauf, den „geplanten Aufbau des Sozialismus“³ nach ostdeutschem Vorbild auch im Jemen umzusetzen: eine Politik des State- und Nation-Building unter sozialistischen Vorzeichen. Diese Politik war dabei mit einem für die DDR außergewöhnlich großen Handlungsspielraum zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik einerseits und gegenüber dem freundschaftlich gesonnenen südjemenitischen Regime andererseits vor allem ein Ausnahmefall von DDR-Außenpolitik.

Die gemeinsame Geschichte der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) und der DDR ist eine besondere. Es gibt zahlreiche andere Beispiele vergleichbarer Außenpolitikansätze im Interesse Moskaus, beispielsweise in Äthiopien oder Nicaragua. Doch in keinem anderen Land „sozialistischer Orientierung“⁴ war die DDR über einen derart langen Zeitraum auf einem durchgängig vergleichbar hohen Niveau engagiert, und in der Region des Mittleren Ostens war die VDRJ der mit Abstand größte „Nehmer“ sozialistischer Unterstützung, insbesondere im Bereich der Staatssicherheit. Als zentrale

1 Gambke/Jacob/Mätzig (ohne Vornamen): Sultanspaläste in Volkes Hand. Die Volksdemokratische Republik Jemen. Berlin (Ost) 1974.

2 Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, Vol. 1. Berlin 1930, S. 193.

3 Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. München 2013, S. 110 ff.

4 Das Konzept der ‚sozialistischen Orientierung‘ avancierte als zentrale entwicklungspolitische Kategorie der DDR-Außenpolitik nach sowjetischem Vorbild. Shearman, Peter: Soviet Foreign Policy, 1917–1991. In: Shearman, Peter (Hrsg.): Russian Foreign Policy since 1990. Colorado 1995, S. 16; Wippel, Steffen: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten: Einfluss und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Außenwirtschaft zu Außenpolitik. Berlin 1996, S. 28.

These läßt sich nun festhalten, daß die besonderen Rahmenbedingungen in Aden gleichzeitig Idealbedingungen ostdeutscher Außenpolitik so nahekamen, wie dies im engen Rahmen des Kalten Krieges überhaupt denkbar ist. Südjemen ist einer der wenigen, wenn nicht der einzige Ort, an dem die DDR mit dem Segen Moskaus eine eigenständige und selbstgestaltete Außenpolitik außerhalb des Ostblocks entwickeln und umsetzen konnte. Entsprechend wird der in Aden verwirklichte Außenpolitikentwurf der DDR als Weberscher „Idealtyp“⁵ ostdeutscher Außenpolitik gegenüber den Staaten des „Global South“⁶ interpretiert. Dieser „Idealtyp“ von Außenpolitik folgte in Südjemen der Logik des State- und Nation-Building-Ansatzes mit dem Ziel, einen sozialistischen Staat ostdeutschen Zuschnitts als stabilen Partner des Ostblocks und insbesondere Moskaus in der Region zu etablieren. Die mögliche Anwendung des State- und Nation-Buildings als Analyse- und Methode auf die ostdeutsche Außenpolitik näher zu erläutern, ist der Anspruch des folgenden Beitrages.

Der Jemen: Unübersichtliche Allianzen in einem inzwischen unberechenbaren Konflikt

Noch vor wenigen Jahren war der Jemen nahezu ein weißer Fleck auf der medialen Landkarte der wiedervereinigten Bundesrepublik. Dies hat sich innerhalb kürzester Zeit mit der sich zunehmend verschärfenden Lage nach den Aufständen des „Arabischen Frühlings“ auch in der jemenitischen Hauptstadt Sana‘a nachhaltig geändert. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über politisch motivierte Anschläge oder Straßenschlachten zwischen den Konfliktparteien berichtet wird, inzwischen ist die Rede von einem erneuten Stellvertreterkrieg auf jemenitischem Boden.⁷ In der unübersichtlichen Gemengelage scheinen immer wieder neue Interessengruppen auf den Plan zu treten, die teils auf politischem Wege, teils mit Gewalt ihre Wünsche nach einer politischen Neuordnung im Jemen durchzusetzen trachten. Doch ganz im Gegensatz zur medialen Berichterstattung treten die Konfliktlinien im Land der Königin von Saba keineswegs erst mit den Monaten des „Arabischen Frühlings“ zutage.

Seit der Machtübernahme im einstigen Nordjemen durch eine Bewegung der „Freien Offiziere“ nach ägyptischem Vorbild 1962⁸ ist es eine der größten Herausforderungen der Zentralregierung in Sana‘a, die meist gegenläufigen Interessen zwischen ihr und einer großen Zahl verschiedener Partikulargruppen auszugleichen. Die wichtigsten politischen Akteure bis heute sind die politisch und militärisch hervorragend organisierten jemenitischen Stammesföderationen, die erst der 1978 an die Macht gekommene Ali Abdullah Saleh langfristig in das politische Machtgefüge einzubinden weiß. Bereits seit dem Ende des zaiditischen Imamats suchen die heute als Houti-Rebellen bezeichneten Nachkommen der letzten beiden Imame Yahia und Ahmad einen

5 Weber, Max: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Weber, Max: Schriften :zur Wissenschaftslehre. Stuttgart 1991, S. 73; Ders.: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen 2002 (1922), S. 10.

6 Die Konzeptualisierung des „Globalen Südens“ oder „Global South“ ist Teil des „Postkolonialen Projektes“. Sie fungiert als kritische und konkurrierende Konzeption zu den Termini „Dritte Welt“ und „Entwicklungsländer“, um zum einen die Erste-Zweite-Welt-Dichotomie zu vermeiden und zum anderen die Akteursqualität und somit Agentur der entsprechenden Länder zu betonen. Anheier, Helmut K./Juergensmeyer, Mark: Encyclopedia of Global Studies. Thousand Oaks 2012, S. 725–728.

7 Steinvorth, Daniel: Kollision zwischen Riad und Teheran. In: Neue Züricher Zeitung vom 26.03.2015 (<http://www.nzz.ch/international/naher-osten-und-nordafrika/drohende-kollision-zwischen-tiad-und-teheran-1.18510531>, letzter Zugriff: 27.03.2015); Avenarius, Tomas: Stellvertreter Krieg in Jemen. Unglückliches Arabien. In: Süddeutsche Zeitung vom 26.03.2015 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/jemen-unglueckliches-arabien-1.2411264>, letzter Zugriff 27.03.2015).

8 Berggötz, Sven Olaf: Nahostpolitik in der Ära Adenauer, Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963. Düsseldorf 1998, S. 313.

Weg zurück an die Macht.⁹ Seit 2004 geschieht das sogar im offen ausgetragenen Konflikt zwischen den nicht nur politisch sondern auch religiös motivierten Houtis und Ali Abdallah Saleh und seiner Regierung. Letztere versucht gleichzeitig seit nunmehr beinahe zwei Jahrzehnten, gewaltbereite islamistische Gruppierungen, allen voran Al-Qaida, durch eine Mischung aus Verhandlungsgeschick und militärischer Unterstützung von außen im Zaum zu halten. Seit dem Zusammenschluß des saudischen und jemenitischen Zweiges zu Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) 2009¹⁰ ist der Jemen unbestritten einer der Hauptrückzugs- aber auch Operationsorte des Netzwerks.

Bis vor kurzem nur wenig Beachtung fand eine gleichsam tiefverwurzelte Konfliktlinie des Landes, insbesondere da diese innerhalb der jemenitischen Gesellschaft lange Zeit vor allem durch die Überbetonung nationaler Einheit aufgelöst werden sollte: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich, durch externe Mächte, das Osmanische Reich und das British Empire, eine Teilung des Jemen in Nord und Süd abzuzeichnen begonnen.¹¹ Mit der Ausrufung der Republik im Norden 1962 und der südjemenitischen Unabhängigkeit von britischer Besatzung 1967 war diese Teilung auch in der postkolonialen Staatenwelt vollzogen. Nahezu drei Jahrzehnte wirkte diese politische Teilung unter zwei jemenitischen Regierungen auch auf die Bevölkerung, so daß sich unter der Oberfläche trotz der Beteuerungen nationaler Einheit auch nach Vereinigung und Bürgerkrieg Anfang der 1990er Jahre nicht zu unterschätzende Unterschiede erhalten konnten. Diese kamen erstmals mit Nachdruck 2007 ans Tageslicht der jemenitischen Öffentlichkeit. Einstige südjemenitische Offiziere und Funktionäre hatten ihre Kritik an der Diskriminierung und Marginalisierung des Südens durch die vermeintlich vom einstigen Norden geprägte Regierung auf die Straßen getragen. Unterstützung erhielten sie dabei von der zunehmend desillusionierten Jugend. Inzwischen sind die Separatisten organisiert und etabliert als Bewegung des Südens, „Al-Hirak“¹², und ein weiteres unberechenbares Element des inzwischen zum Stillstand gekommenen jemenitischen Transformationsprozesses.¹³ Die einigende Identität der Bewegung zehrt dabei von den Helden, Symbolen und vermeintlichen Idealen des untergegangenen Südjemen, wenn auch nahezu ohne marxistische Untertöne.¹⁴ Die Wiederkehr der totgeglaubten südjemenitischen Separatidentität hatte ausländische wie jemenitische Beobachter gleichermaßen überrascht: Nur wenig war geforscht worden zum einzigen marxistischen Staat der arabischen Welt seit seinem Untergang und der Vereinigung

9 Entgegen der Vereinfachung in der aktuellen Berichterstattung handelt es sich bei den Houtis nicht um eine der Zwölfer-Schia zugehörige Miliz, sondern um Fünfer-Schiiten mit aus ihrer Sicht religiös begründetem Herrschaftsanspruch im Jemen. Zur Geschichte und Dynamik des Houti-Konfliktes: Brandt, Marieke: Sufyān's „Hybrid War“: Tribal Politics during the Huthi Conflict. In: Journal of Arabian Studies, Juni 2013, S. 120–138 und Al-Dawsari, Nadwa: Tribal Governance and Stability in Yemen, Middle East, April 2012. Vgl.: http://carnegieendowment.org/files/yemen_tribal_governance.pdf. Letzter Zugriff: 10.03.2013.

10 Faulkner, Christopher/Grey, David: The Emergence of Al Qaeda in the Arabian Peninsula (AQAP) and the Effectiveness of US Counterterrorism Efforts. In: Global Security Studies, Winter 2014, Volume 5, Issue 1. Vgl.: <http://globalsecuritystudies.com/Faulkner%20AQAP-AG.pdf>. Letzter Zugriff: 04.04.2015.

11 Dresch, Paul: A History of Modern Yemen. Cambridge 2000, S. 11.

12 Thousands rally for Southern Independence in Yemen, 12. Oktober 2013 (AFP). In: ahram.org; Clash between Yemen troops. Southern Separatists wound four, 27. Januar 2014 (AFP). In: globalpost.com.

13 Vgl.: Yemen Transition Agreement November 2011. (http://www.al-bab.com/arab/docs/yemen/yemen_transition_agreement.htm) und Petschulat, Tim O., Political Change with Pitfalls. An Interim Report of the Yemeni Transition Process 2012. Vgl.: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09355.pdf>. Letzter Zugriff: 25.03.2015.

14 Thousands rally for Southern Independence in Yemen, 12. Oktober 2013 (AFP), In: ahram.org; Clash between Yemen troops. Southern Separatists wound four, 27. Januar 2014 (AFP) In: globalpost.com. Letzter Zugriff: 01.04.2015.

zwischen Nord und Süd Anfang der 1990er Jahre. Der heute eskalierte innenpolitische Konflikt zwischen Al-Qaida, den Stammesföderationen, den alten Machteliten um den gestürzten Präsidenten Ali Abdallah Saleh, Al-Hirak und insbesondere der Houti-Bewegung ist deshalb so vielschichtig wie das Land und seine Gesellschaft selbst und droht heute einen der ältesten Staaten für immer zu zerreißen. Sollte die Eindämmung des Konfliktes durch das Eingreifen der Arabischen Liga, allen voran Saudi-Arabien,¹⁵ zunächst gelingen, wird für die jemenitische Gesellschaft, aber auch für internationale Akteure, kein Weg daran vorbeiführen, sich öffentlich und nachhaltig mit allen hier aufgezeigten Konfliktlinien auseinanderzusetzen. Die größte Herausforderung eines geeinten und lebensfähigen Jemen bleibt, wie bereits während des Transformationsprozesses nach 2012¹⁶, nicht allein die Zerschlagung terroristischer Netzwerke, sondern vor allem die Integration aller Kräfte in ein neues, funktionales politisches System.

Die Ergebnisse der diesem Artikel zugrundeliegenden Dissertation sollen deshalb, zumindest zu einem gewissen Grad, einen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte über die einzigartige Geschichte Jemens und insbesondere Südjemens leisten. Darüber hinaus stehen die Rolle des geteilten Deutschlands im Kalten Krieg und ostdeutsche und somit gesamtdeutsche Außenpolitikgeschichte im Zentrum der Untersuchung. Gleichzeitig werden die Auswirkungen sozialistischer Außenpolitik im „Global South“, ein bislang nur wenig beachtetes Forschungsfeld, in den Blick genommen: Im Falle des Südjemens läßt sich in dieser Hinsicht zweifelsohne feststellen, daß es ohne das Interesse Moskaus und insbesondere ohne die aktive Einflußnahme der DDR einen marxistisch-leninistischen Staat am Golf von Aden in dieser Form nicht gegeben hätte. Nachdem die Revolutionäre der Nationalen Befreiungsfront Südjemens (NLF) 1967 die britischen Truppen gezwungen hatten, ihre Kronkolonie aufzugeben, hatte der radikale Flügel der NLF das Ziel verfolgt, einen neuen Staat im Jemen zu errichten. Im Zuge dessen sollten nicht allein die Spuren der britischen Besatzer, sondern auch die aus Sicht der NLF „feudalen“ gewachsenen sozialen und politischen Strukturen der jemenitischen Gesellschaft beseitigt werden. Um jedoch dem ambitionierten Ziel eines stabilen Staates marxistischer Couleur auf dem gesamten Territorium des jungen Südjemens auch nur im Ansatz nahezukommen, benötigte die NLF substantielle wirtschaftliche und technische Hilfe von außen. Hilfe, die Sowjetunion und DDR bereitwillig gewährten – sobald sich die „sozialistische Orientierung“ der neuen Führungsriege des Südjemens zweifelsfrei abzeichnen begann.

DDR zwischen Moskau und Bonn: Außenpolitische „Freiheit“ nur am Ende der Welt

Über die gesamte Existenz der DDR hatten Moskaus Interpretation der Entwicklungen im Mittleren Osten sowie die Politik der Sowjetunion gegenüber der arabischen Welt die außenpolitischen Aktivitäten der DDR in der Region bestimmt.¹⁷ Entsprechend ist die Kongruenz der Hochzeiten des politischen und finanziellen Engagements von Sowjetunion und DDR in den 1970er bis Mitte der 1980er Jahre nur wenig überraschend. Während jedoch das außenpolitische Engagement der DDR im Südjemen bis Mitte der 1970er Jahre zwar von Moskau gebilligt, vielleicht auch befördert wird,

15 Al-Rashid, Abdulrahman. Opinion. Yemen: A war with political purpose. 28.03.2015, In: Al-Arabiya, <http://english.alarabiya.net/en/views/news/middle-east/2015/03/28/Yemen-A-war-with-political-purpose.html>. Letzter Zugriff: 02.04.2015.

16 Zum Prozeß des Nationalen Dialogs: Transfeld, Mareike: The NDC, Federalism, & Violent Conflict: What's Next for Yemen?, February 15, 2014, In: Muftah, <http://muftah.org/end-ndc-federalism-violent-conflict-whats-next-yemen/>. Letzter Zugriff: 10.03.2014.

17 Eine umfassende Herleitung der zentralen Strategien der DDR im Mittleren Osten bietet Kapitel 8: Die DDR und die Arabische Welt: Ein kleiner Staat als „Lückenfüller“.

verfolgt der Kreml zunächst keine konkreten eigenen Ziele im geographisch und politisch isolierten Südjemen. Mit der Verschlechterung sowjetisch-ägyptischer Beziehungen nach 1974 und dem Verlust der sowjetischen Marinebasis in Somalia 1977 avanciert Aden schließlich zum möglichen neuen sowjetischen Standort in der Region: „Die UdSSR hatte sich Zugang zum natürlichen Hafen von Aden nahe der Meerenge des Bab Al-Mandeb, unmittelbar am Roten Meer verschaffen können und somit eine Heimbasis für jegliche Operationen auf der Arabischen Halbinsel und am Horn von Afrika gesichert.“¹⁸

Diesen Prozeß der zunehmenden An- und Einbindung der VDRJ in die sozialistische Hälfte der Welt des Kalten Krieges durch Moskau soll die DDR von Beginn an als engster Partner der Sowjetunion begleiten. Die zentralen strukturellen Gründe für die Fähigkeit der DDR sich gerade in Aden verstärkt einbringen zu können, werden im folgenden kurz erläutert.

Bereits während sich die Kontakte nach Aden Anfang der 1960er Jahre mehr und mehr intensivieren, bildet die DDR als Teil ihrer Anerkennungspolitik verschiedene Strategien gegenüber dem „Global South“ allgemein und dem Mittleren Osten im besonderen heraus. Entsprechend können das frühe Interesse der DDR am „revolutionären Prozeß“ in Aden und die frühen Kontakte zu verschiedenen, auch konkurrierenden Trägern dieses Prozesses als Teil einer ostdeutschen „Low-Profile Strategie“ gegenüber den „Entwicklungsländern“ interpretiert werden. Wie auch in anderen Ländern des „Globalen Südens“ ist dies als der Versuch der DDR zu verstehen, unterhalb des westdeutschen „Radars“ offizieller Regierungskontakte langfristig auf die internationale Anerkennung der DDR hinzuwirken. Hauptrezipient sind hierbei die Länder, in denen eine zeitnahe Anerkennung der DDR aufgrund politischer Nähe zum Ostblock, Ablehnung der westdeutschen Hallstein-Doktrin oder auch „Solidarität“ gegenüber der DDR am wahrscheinlichsten erscheint. Zumeist handelt es sich um postkoloniale Staaten, geführt von starken Befreiungsbewegungen, die mehr oder weniger offen mit den Ideen des Marxismus-Leninismus sympathisieren.¹⁹ Nach Südjemens Unabhängigkeitserklärung im November 1967 bleibt Aden dabei zunächst noch eines von vielen strategischen Puzzleteilen auf dem Weg zur internationalen Anerkennung der DDR. Dies soll sich allerdings sehr bald ändern.

Südjemen wird einer der ersten Staaten außerhalb des Ostblocks, die die DDR diplomatisch anerkennen. Entsprechend leicht fällt es der DDR, dort auf der Basis dieses Freundschaftsbeweises ihre zurückhaltende „Low-Profile-Strategie“ hinter sich zu lassen. Dies ist keinesfalls überall möglich, denn die Bundesrepublik hält selbst nach ihrer De-Facto-Anerkennung der DDR verfassungsmäßig gebotene Vorbehalte gegenüber der DDR aufrecht.²⁰ Aus diesem Grunde sieht sich die SED gezwungen, insbesondere

18 Chubin, Shaharam: Soviet Policy Towards Iran and the Gulf, Adelphi Paper No. 157, 1980. In: The International Institute for Strategic Studies (Hrsg.): The Geopolitics of the Middle East. London/New York 2006, S. 301.

19 Außenpolitik. In: Kleines politisches Wörterbuch, 1973, S. 86 f.

20 So wurde die DDR-Staatsbürgerschaft beispielsweise nicht als ausschließliche Staatsbürgerschaft durch Westdeutschland anerkannt, und der vormalige „Alleinvertretungsanspruch“ mutierte zu einem „Mitvertretungsanspruch“ der Bundesrepublik für die Bürger der DDR. Vgl. Hacker: Hacker, Jens, in: 40 Jahre innerdeutsche Beziehungen, Haendecke-Hoppe, Maria, Lieser-Triebnigg, Erika (Ed.), Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 29, Dunker und Humblot Berlin, 1989, S. 46. Das Legitimationsdefizit der SED-Führung hatte aus Sicht der Bundesrepublik dazu geführt, daß die bundesdeutsche Regierung die einzig vertretungsberechtigte Regierung des deutschen Volkes sein konnte. Das deutsche Volk der Bundesrepublik habe „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“. Präambel, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.

gegenüber den dem Westen zugewandten Staaten, die Strategie den Umständen angepaßt fortzuführen. Entsprechend wichtig werden deshalb in der Wahrnehmung der SED vor allem die Länder, die diesen Beschränkungen nicht unterliegen oder in denen sogar, wie im Falle des Südjemens, eine umgekehrte Situation vorzufinden ist: Mit der Anerkennung der DDR durch Aden beendet Bonn die Beziehungen zum noch jungen Südjemen, und selbst nach der Wiederaufnahme der Beziehungen wird Bonn in Aden nicht nennenswert aktiv. Dort, innerhalb des entstehenden Vakuums und somit außenpolitischen Freiraumes während der Unterbrechung westdeutscher diplomatischer Beziehungen zum Adener Regime von 1969 bis 1974, setzt Ost-Berlin seine umfassende „Politik sozialistischen State- und Nation-Buildings“ um. Südjemen erscheint als der Idealfall ostdeutscher Außenpolitik: Die DDR etabliert sich als *der* deutsche Staat vor Ort, im Gegensatz zu den meisten anderen außenpolitischen Schauplätzen, an denen Bonn regelmäßig als das „*eigentliche* Deutschland“ wahrgenommen wird.

Doch nicht nur im Vergleich zur Bundesrepublik ist die DDR im Südjemen ungewöhnlich präsent. Aufgrund ihres frühen Interesses am Südjemen, Investitionen von Personal und Mitteln und somit ostdeutscher Präsenz während des entscheidenden Jahrzehnts nach der Rebellion von Radfan 1963,²¹ genießt Ostdeutschland zudem zweifelsohne ein nicht geringes Maß an Vertrauen von Seiten der Jemeniten.²²

Ob die DDR bereits während dieser ersten Phase glaubt, die Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR im Südjemen kopieren zu können, mag bezweifelt werden. Dennoch weitete sich das Engagement Ost-Berlins in Umfang und Intensität langfristig zu einer solchen Politik aus. Zudem wirkte die DDR insbesondere im Vergleich zum häufig überwältigenden Auftreten der Sowjetunion in Aden bescheiden und zurückhaltend.²³ Der sowjetische Politikwechsel gegenüber der VDRJ Mitte der 1970er Jahre kann sich deshalb vor allem auch auf die guten Beziehungen der DDR stützen, weshalb sich die DDR dort auch während der wachsenden sowjetischen Präsenz ab Ende der 1970er Jahre als relevanter außenpolitischer Akteur behaupten kann. Im Sinne von „Arbeitsteilung“ übernimmt die Sowjetunion in dieser Zeit den Aufbau des jemenitischen Militärs und überläßt der DDR den, aus realsozialistischer Sicht, „zivilen Bereich“ des Staatsaufbaus sowie die Etablierung der „Schnittstelle“ zwischen Militär und Gesellschaft, eines Polizei- und Sicherheitsapparates.

Das Engagement der DDR als Politik sozialistischen State- und Nation-Buildings?

Der politikwissenschaftliche Ansatz des State- und Nation-Building, wie er sich seit einigen Jahren wieder als Teil westlicher Außenpolitiken etabliert, ist zunächst auch heute noch keineswegs ein unproblematischer. Ursprünglich Ausfluß der Modernisierungstheorie²⁴ der 1950er Jahre, sollte das Modell zur Staatenbildung den „unterentwickelten“ Staaten der „Dritten Welt“ helfen, die „entwickelte“ Welt mit der Unterstützung

21 Dresch: A History of Modern Yemen, S. 96; Radfan und die Radfan-Rebellion. Vgl. Burrowes, Robert D.: Historical Dictionary of Yemen. Plymouth 2010, S. 301 ff.

22 Einladung des Herausgebers und Chefredakteurs der Tageszeitung Al-Tariq Mohammed Nasser 1963 und 1966 nach Berlin. In: C 1126/71, 113; Vorbereitung der Einladung Al-Asnags in die DDR im Juni 1965. In: PA AA, MfAA, 1226/71, 131 f.; Kontakte der DDR-Institutionen ab 1965, PA AA, MfAA, 1224/71, S. 138 f.; Besuch einer FLOSY Delegation in der DDR 1966, In: PA AA, MfAA, 1224/71, S. 137. 1966 erhält Al-Asnag sogar die Zusage für militärische Hilfsgüter an die FLOSY in Hodeida. Gespräch Eggebrecht mit Al-Asnag am 4. Juni 1966 in Kairo. In: PA AA, MfAA, 1224/71, S. 135 f.; Aktenvermerk über ein Gespräch mit Herrn Alaini, Vertreter der Aden-TUC im Allarabischen Gewerkschaftsbund (ICATU) am 4. Dezember 1961 in den Räumen des Büros des Bevollmächtigten der DDR in der VAR. In: PA AA, MfAA, C 1224/71, S. 145–147.

23 Gespräch mit Hans Bauer am 20.06.2011.

24 Badie, Bertrand/Berg-Schlosser, Dirk/Morlino, Leonardo: International Encyclopedia of Political Science. Thousand Oaks 2012. S. 1609–1613; Diese Theorie wurde insbesondere während der

und nach dem Vorbild wohlmeinender entwickelter Länder einzuholen. Bis heute findet sich bei der Motivation der Akteure, die diesen Prozeß in anderen Ländern unterstützen, eine Melange nationaler Eigeninteressen und eines gewissen Sendungsbewußtseins. Ähnlich „gemischte Motive“ müssen in jedem Fall der DDR zumindest in Südjemen zugeschrieben werden, wenngleich die sozialistische Version des State- und Nation-Buildings aufgrund der Totalität der ihr zugrundeliegenden Ideologie von den heutigen Bemühungen westlicher Staaten klar unterschieden werden muß. Die Hypothese, die DDR ziele darauf, das eigene System unmittelbar auf den Südjemen zu übertragen, ob nun mit der Absicht einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Südjemeniten, der Ausweitung der eigenen Einflußsphäre oder einer Kombination aus beidem, zeugt vor allem von der Vorstellung der ostdeutschen Akteure, das eigene System sei überlegen. Gleichzeitig erscheint die SED von der eigenen Fähigkeit, dieses System in Südjemen im Sinne eines Modellstaates, des „Musterländles“²⁵, umsetzen zu können, mehr als überzeugt.

Für die Politik der DDR in Südjemen dient die Politik des Staatsaufbaus der Sowjetunion, wie sie beispielsweise auch in der ČSSR und der DDR umgesetzt wurde, als Vorbild:²⁶ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Sowjetunion „bestimmte Schlüsselemente in jeden von der Roten Armee besetzten Staat exportiert“.²⁷ Unter Einbeziehung der eigenen Erfahrungen versucht die DDR nun diese Politik, wenn auch in geringerer Intensität, doch mit nicht geringerer ideologischer Überzeugung, in Südjemen nachzuahmen. Als analytisches Hilfsmittel wird an dieser Stelle Jochen Hipplers Ansatz zu drei Dimensionen oder Voraussetzungen erfolgreichen „State- und Nation-Buildings“ herangezogen:²⁸

(I) Die Herausbildung eines funktionierenden und effizienten Staatsapparates und seiner Institutionen, (II) die Integration, das heißt die Einbindung der Gesellschaft in den Prozeß und schließlich (III) die Kommunikation und Akzeptanz einer integrativen Ideologie, wie beispielsweise die Idee der Nation, um Staat und Gesellschaft zu verbinden. Die zentralen Charakteristika des „Aufbaus des Sozialismus“ werden zur Generierung einer greifenden Analyse- und Methode der DDR-Außenpolitik einer oder auch mehrerer der drei Dimensionen zugeordnet, um ihre konkrete Rolle im Staatswerdungsprozeß des Südjemens bestimmen und bewerten zu können.

(I) Eine integrative Ideologie mit totalem Anspruch. Das Konzept des „geplanten Aufbaus des Sozialismus“, wie es die SED von Beginn an angestrebt hatte, basiert zuallererst auf dem absoluten Wahrheitsanspruch der Ideologie des Marxismus-Leninismus,

1950er und 1960er Jahre nicht nur in der westlichen Literatur zum Thema Entwicklungspolitik diskutiert, sondern findet sich auch in der sozialistischen „Imperialismusforschung“. Zu einer kritischen Reflexion zu der „Modernisierungstheorie“ und der „Entwicklungspolitik“ in der westlichen Wissenschaft, siehe: Baber, Zaher: *Modernization Theory and the Cold War*. In: *Journal of Contemporary Asia*, 31/1, 2001, S. 71–85; Berberoglu, Berch: *The Political Economy of Development: Development Theory and the Prospects for Change in the Third World*. Albany 1992. Young, Robert J. C.: *Postcolonialism. An Historical Introduction*. Oxford 2001.

25 Gespräch mit Hans Bauer am 20.06.2011. Zum Modellcharakter der DDR für die Entwicklungsländer siehe: Howell, Jude: *Rise and Fall of G.D.R. Aid*. In: *The Journal of Modern African Studies*, Vol. 32, No.2, June 1994, S. 328.

26 Glaebner, Gert-Joachim: *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung*. Opladen 1982, S. 194.

27 Applebaum, Anne: *Iron Curtain: The crushing of Eastern Europe, 1944–1956*. London 2013, Einleitung.

28 Hippler, Jochen: *Nation-Building. A key concept for peaceful conflict transformation?*. New York 2005, S. 6–14.

der gleichzeitig den Vorbildcharakter des „großen Bruders“²⁹ Sowjetunion mit einschließt. Von Beginn an dient diese Ideologie in der DDR, aber auch in der VDRJ als integrative Klammer von Staat und Gesellschaft, nicht nur als Erklärung für den gesamtpolitischen Ansatz und die angewandten politischen Mittel, sondern auch als Motivation und vor allem Rechtfertigung der politischen Akteure für die weitreichenden Eingriffe und Einschränkungen von Gesellschaft und Individuum. Um nun einen zentralisierten Staat nach sowjetischem Vorbild errichten zu können,³⁰ sind die beiden zentralen Elemente des State- und Nation-Building, die Etablierung staatlicher Institutionen und die Integration der Gesellschaft, in der sozialistischen Interpretation des Ansatzes unmittelbar an die integrative Ideologie des Marxismus-Leninismus angebunden.

(II) *Sozialistisches State-Building: „Demokratischer Zentralismus“ und „Primat der Partei.“*³¹ Von Beginn an ist die SED nicht die allein führende Staatspartei, sondern auch im Sinne des „Primats der Partei“ als letzte politische Entscheidungsinstanz gemäß dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“³² etabliert. Dieses Prinzip politischer Organisation bedeutet in erster Linie die Aufhebung jeglicher Gewaltenteilung zugunsten einer durchgehenden Zentralisierung und Hierarchisierung politischer Entscheidungsprozesse, wobei Entscheidungen „von oben nach unten“ umzusetzen sind. Gleichzeitig wird der Staatsapparat dem Parteiapparat parallel geschaltet. Das jeweilige Parteiorgan ist dabei auf jeder Ebene dem Staatsorgan weisungsbefugt und übt gleichzeitig Aufsicht und Kontrolle aus. Gesichert wird das System durch eine nachhaltige Kaderauswahl der Parteifunktionäre, vorrangig nach den Kriterien der Ideologietreue und Parteiloyalität sowie durch die Personalunion von zahlreichen Partei- und Staatsämtern.

Herausragendes Beispiel für dieses System sind in der DDR die staatlichen Sicherheitsorgane der DDR, die Nationale Volksarmee (NVA) und Volkspolizei (VP) sowie das „Schild und Schwert der Partei“³³, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Der Funktion nach alles traditionelle Staatsorgane, sind sie im „SED-Staat“³⁴ letztendlich genauso wenig dem Staat, sondern vielmehr der Partei verantwortlich. In der DDR, wie später auch in Südjemen, spielen diese eine entscheidende Rolle beim Staatsaufbau im Sinne sozialistischen State- und Nation-Buildings, leisten sie doch einen wichtigen Anteil bei der Stabilisierung des Staatsapparates und der Gesellschaft: Als „Rückgrat“ einer Politik gegen den Willen des Großteils der Bevölkerung sichern sie die Umsetzung dieser Politik und erschweren bzw. verunmöglichen politischen Widerstand.³⁵ Die NVA mittelbar durch die allgemeine Wehrpflicht und unmittelbar durch die Sicherung der

29 Der Ausdruck wird häufig mit dem Abschluß des ersten Freundschaftsvertrages zwischen DDR und Sowjetunion vom 20. September 1955 in Verbindung gebracht. Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): *DDR-Geschichte in Dokumenten*. Bonn 1998, S. 549.

30 Schroeder: *Der SED-Staat*, S. 120.

31 Ebd., S. 421.

32 Der erste Parteitag der SED im Januar 1949, Avantgardeanspruch und innerparteiliche Diktatur Januar 1949. In: Judt: *DDR-Geschichte*, S. 46 f.; Die Rechtsprechung beispielsweise wurde vom MfS genaustens beobachtet. Engelmann, Roger/Florath, Bernd/Heidemeyer, Helge/Münkel, Daniela/Polzin, Arno/Stüb, Walter: *Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 2011, S. 170–173; Schroeder a.a.O, S. 123.

33 Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED. Kontinuität und Wandel, Protokoll der 23. Sitzung der Enquete-Kommission, „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 15. Januar 1993. In: *Materialien der Enquete-Kommission, Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. Baden-Baden 1995, Vol. VIII; Schroeder: *Der SED-Staat*, S. 430.

34 Schroeder: *Der SED-Staat*, 1998.

35 Vergleiche auch Neubert, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Bonn 2000 (1997).

Grenze aufgrund des De-Facto-„Freizügigkeitsverbotes“ nach innen,³⁶ die VP und das MfS unmittelbar durch Kontrolle und Beobachtung. Zudem sichert vor allem das MfS, nicht nur Nachrichtendienst nach außen sondern auch Geheimpolizei nach innen,³⁷ den Prozeß der graduellen Homogenisierung der Bevölkerung hin zum „Neuen Menschen“³⁸ in einer sozialistischen Gesellschaft.

(III) *Homogenisierung statt Integration der Gesellschaft.* Verankert werden soll die Ideologie des Marxismus-Leninismus in der Gesellschaft in erster Linie durch das Zusammenspiel der angeführten Homogenisierung der Gesellschaft und der Zentralisierung nicht nur des politischen, sondern auch des sozialen Lebens der Menschen. Die Homogenisierung der Gesellschaft folgt in dieser Logik einem doppelten Ansatz. Zum einen wird die Integration sozialer Gruppen in den zentralisierten Parallelismus von Partei und Staat angestrebt, zum anderen die Veränderung der Persönlichkeit eines jeden Einzelnen. Politischer und sozialer Pluralismus sollen in den um- und neugegründeten Blockparteien und Massenorganisationen aufgehen, während der Einfluß anderer sozialer Akteure gezielt neutralisiert wird. Gleichzeitig beansprucht die führende Partei das „Gewaltmonopol“ über das öffentliche Leben und die öffentliche Meinung und entscheidet so nicht nur über die Determinanten politischen Lebens, sondern auch die Ausgestaltung und Interpretation desselben, wie dies beispielsweise die Ausweitung der Parteikontrolle über die gesamte Medienwelt und das kulturelle Leben im „SED-Staat“ belegt.³⁹

Auf der Ebene des Individuums hingegen ist es das erklärte Langzeitziel, den „Neuen Menschen“ zu erschaffen, der sich zuerst als Teil des „Kollektivs“ definiert.⁴⁰ Die Ausbildung der „sozialistischen Persönlichkeit“⁴¹ soll dabei durchgehend auf allen Altersstufen erfolgen. Dabei konzentrieren sich die staatlichen Bemühungen im Sinne einer umfassenden sozialistischen Bildungspolitik vor allem auf die Jugend, der eine zentrale Rolle für die Etablierung und den Fortbestand des „realen Sozialismus“ in der DDR zugeschrieben wird. Die sozialistische Interpretation der „Integration der Gesellschaft“ für das Modell des State- und Nation-Building meint also tatsächlich „Homogenisierung“ im engeren Wortsinn und bedeutet in der Praxis eine extreme Penetration der Gesellschaft bis hinein in die Sphäre des Individuums. Insbesondere diese ideologisch verbräunte Umdeutung des Konzeptes der „Integration der Gesellschaft“ belegt das exzessive Übergewicht der Ideologie im Dreieck des sozialistischen „State- und Nation-Buildings“.

36 Noch vor der endgültigen Schließung der Grenze 1961 wurde der Versuch, die DDR ohne staatliche Erlaubnis zu verlassen, als „ungesetzlicher Grenzübertritt“ unter Strafe gestellt. Ab 1957 zog das Vergehen regelmäßig eine Zuchthausstrafe nach sich. § 213 Abs. 2 StGB der DDR, Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters. Bonn 2007, S. 237. Zum „Freizügigkeitsverbot“: Blickle, Peter: Von der Leibeigenschaft zu den Menschenrechten. Eine Geschichte der Freiheit. München 2003, S. 214.

37 Engelmann (et al.): Das MfS-Lexikon, S. 11; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. Bonn 2013, S. 13 und 249.

38 Zur Erziehung des „Neuen Menschen“ im Sozialismus: Ulbricht, Walter, 10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen, 10. Juli 1958. In: Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED. Berlin (Ost) 1959.

39 Klein, Manfred: In Verantwortung für den Hörfunk – Versuche und Versagen. In: Spielhagen, Edith: So durften wir glauben zu kämpfen... Erfahrungen mit DDR-Medien. Berlin 1993, S. 83–91 und 84; Lenin, Wladimir Iljitsch: Funktion sozialistischen Journalismus, Wörterbuch der sozialistischen Journalistik. In: Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 354 f.; Honecker, Erich: Aus meinem Leben. Berlin 1980, S. 391.

40 Segert, Astrid/Zierke, Irene: Gesellschaft der DDR: Klassen – Schichten – Kollektive. In: Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 171.

41 Ebd., S. 177.

Von den Höhen und Tiefen einer besonderen „Staatenfreundschaft“: DDR-Außenpolitik in Südjemen in vier Phasen

Anhand innenpolitischer Zäsuren und Wendepunkte in der VDRJ sowie dem nahezu kongruenten außenpolitischen Engagement von Moskau und Ost-Berlin können für die Außenpolitik der DDR in Aden von den Kämpfen um die südjemenitische Unabhängigkeit und der Staatsgründung bis zum Ende von DDR und Südjemen vier außenpolitische Phasen bestimmt werden.

Während der ersten Phase ostdeutschen Engagements von 1967 bis 1970, der Phase der Erprobung und des Aufbaus, werden erste vorsichtige Kontakte zur radikalen Führung des neuen Staates geknüpft und im Juni 1969 schließlich erfolgreich diplomatische Beziehungen hergestellt.⁴² 1970 führt die DDR mit der Entsendung einer ersten Beratergruppe ihr Hauptwerkzeug ostdeutscher Außenpolitik in Südjemen ein, um die Formulierung der jemenitischen Verfassung zu unterstützen.⁴³ Von diesem Zeitpunkt an intensiviert sich das Engagement der DDR bis zur Zäsur von 1986 kontinuierlich. Das Engagement der DDR in Phase I bereitet die Politik sozialistischen State- und Nation-Buildings vor und eröffnet ostdeutschem Einfluß das erste zentrale Politikfeld: Staats- und Verfassungsrecht.

In der zweiten Phase von 1970 bis 1978, der Phase des Ausbaus, diversifiziert die DDR ihr Engagement kontinuierlich bis zum Ende der dritten Phase und erfaßt mit ihrer „Politik der Beratung“ nahezu alle sozialen und politischen Bereiche des jungen Staates: Bildungspolitik, Medienpolitik, Wirtschaft, Landwirtschaft, selbst Außenpolitik, bis hin zum Aufbau des inneren Justiz- und Sicherheitsapparates, der Polizei und der Staatssicherheit. Insbesondere das MfS spielt eine zentrale Rolle bei der Koordinierung und Intensivierung des ostdeutschen Engagements in Aden. Während die Staatssicherheit der VDRJ (KfS) eng mit den Sicherheitsorganen der UdSSR, ČSSR und später auch Bulgariens und Ungarns zusammenarbeitet,⁴⁴ betrachtet sich das MfS nicht ohne Grund als „wichtigster Partner“⁴⁵ des jemenitischen KfS. Bereits im November 1970 wird das erste Abkommen zwischen den beiden Geheimdiensten unterzeichnet.⁴⁶ Von diesem Zeitpunkt an weitet das MfS seine Beraterpräsenz und sein finanzielles Engagement stetig aus, bis hin zu personeller Unterstützung in der Rechtsprechung und Gesetzgebung durch Residenten der HV A.⁴⁷

Die hohe Intensität des Engagements der DDR während der 1970er Jahre wird durch zwei Dynamiken befördert, die zunächst widersprüchlich erscheinen. Einerseits bekennt

42 Vermerk über ein Gespräch des Genossen Kiesewetter mit dem sowjetischen Gesandten, Genosse K.P. Kusnezow, June 11, 1969. In: PA AA, MfAA, C 1223/71, S. 64–71.

43 Quartalsbericht II/70, Abteilung Arabische Staaten. In: PA AA, MfAA, C 744/73, Jahres- und Quartalsberichte der AV in Südjemen 1966–1970, S. 16 f. Delegationsmitglied Oswald Unger faßt 1971 den ostdeutschen Beitrag zur neuen Verfassung in Südjemen zusammen: Unger, Oswald: Die Verfassung für die national-demokratische Entwicklungsetappe der Volksdemokratischen Republik Jemen. In: Staat und Recht, Nr. 20, 2/1971, S. 1162.

44 Zu den Beziehungen des MfS der VDRJ mit dem MfS der DDR und mit Sicherheitsorganen anderer Länder. In: BStU MfS Abt. X Nr. 234, Teil 1 von 2, S. 105.

45 Zu den Beziehungen des MfS der VDRJ mit dem MfS der DDR und mit Sicherheitsorganen anderer Länder. In: BStU MfS Abt. X Nr. 234, Teil 1 von 2, S. 102.

46 Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Staatssicherheit der Volksdemokratischen Republik Jemen, 25. November 1980. In: BStU MfS Abt. X 1789, S. 1.

47 Wolf, Markus, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, List Verlag, München, 1997, S. 376; Brief HA XX Kienberg an HV A Stellvertreter, 28. Januar 1982. In: BStU MfS AP Nr. 68777-92, S. 27 f; Vermerk über die Einstellung der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem GMS „Leonhardt“ Reg. Nr. XV 3481/1982, Oktober 11 1988, HA XX. In: BStU MfS AP Nr. 36630-92.

sich die VDRJ offiziell zum Ostblock, so daß sowohl die USA als auch die Bundesrepublik jegliche Bemühungen um das Adener Regime einstellen. Weiterhin wird die „außenpolitische Verwirklichung“ der DDR in Aden vom Kreml nun nicht mehr nur geduldet, sondern gefördert und die Politik der DDR als Ergänzung in die sowjetische Außenpolitik in Südjemen integriert.⁴⁸ Andererseits muß sich die DDR selbst in der kleinen und international nahezu abgeschotteten Welt Adens gegen externe Mitkonkurrenten durchsetzen. Westliche Experten, Abgesandte der Vereinten Nationen und Repräsentanten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zeigen mehr und mehr Präsenz.⁴⁹ Diese Situation mag als einer der Hauptgründe für Ost-Berlins kontinuierliche Anstrengungen gelten, sich das jemenitische Regime gewogen zu halten, beispielsweise durch das Auftreten als Advokat der „Entwicklungsländer“, als „ehrlicher Makler“ gegen den angeblich vom Westen praktizierten „Neokolonialismus“ und „Imperialismus.“

Um die ideologische Klammer als Voraussetzung sozialistischen State- und Nation-Buildings abzusichern, wird die Neuformierung der führenden Partei Nationale Front (NF) als Avantgardepartei sowjetischen Typs von Moskau und Ost-Berlin aktiv befördert:⁵⁰ Die Gründung der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) 1978⁵¹ wirkt schließlich als Katalysator, der das Engagement weiter intensiviert und somit die dritte Phase, die Phase der Kontinuität und Konsolidierung, einleitet. Von nun an fügt Moskau seinem bisherigen Engagement im militärischen Bereich und der ideologischen Ausbildung von Parteikadern noch technische Hilfe hinzu.⁵² Diese Ausweitung sowjetischer Politik wird durch das inzwischen stark diversifizierte Engagement der DDR unterstützt: Ost-Berlin führt seine Beteiligung in den für effiziente Staatsführung zentralen Feldern der Rechtsprechung, des Verfassungsrechts, aber auch der Wirtschaft, der Bildungs- und Medienpolitik fort.

Allerdings ist dies auch die Phase, in der sowohl Moskau als auch die DDR beginnen, ihre Investitionen in Relation zu den bisherigen Ergebnissen zu setzen. Evaluierungen der Effizienz und Performanz des KfS Anfang der 1980er Jahre deuten beispielsweise an, daß die jemenitische Seite bislang kaum für das MfS relevante Informationen produziert hat und weiterhin nicht zu selbständiger Arbeit im Sicherheitsbereich fähig ist. Dies gilt auch für den Großteil der anderen staatlichen Institutionen.⁵³ Ungeachtet des anfänglichen Erfolges der Einführung und Umsetzung des Prinzips des „demokratischen Zentralismus“ in Südjemen, ist der Aufbau eines sozialistischen Staates wie auch einer sozialistischen Nation nicht einmal in Ansätzen abgeschlossen.⁵⁴ Persönliche Konflikte und gesellschaftlicher Widerstand gegen die sozialistischen Reformen verhindern den erwünschten grundlegenden sozialen Wandel, wobei das jemenitische Regime die

48 Brief Scharfenberg und Grünheid, Ministerium für Planung, 1. Januar 1974. In: PA AA, MfAA, 166276, S. 79.

49 Einschätzung der Ergebnisse der bisherigen DDR-Regierungsberaterstätigkeit mit Schlußfolgerungen für das weitere Vorgehen auf diesem Gebiet in der VDRJ, 27. Juni 1972. In: PA AA, MfAA, C 156276, S. 38.

50 Cigar, Norman: South Yemen and the USSR: Prospects for the Relationship. In: Middle East Journal, Vol.39, No.4, 1985, S. 780.

51 JSP – Avantgarde des jemenitischen Volkes. Auszüge aus dem Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei (I) und (II). In: horizont No.50/51 1978, In: BStU MfS HA II Nr.27368, S. 10.

52 Informationsmappe für den Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Jemenitischen Sozialistischen Partei [...] Ali Nasser Mohammed, November 1984. In: BStU MfS HA II Nr. 28712, S. 166.

53 Operative Einschätzung des GMS „Leonhardt“ – Vorg.-Nr.XV 3481/82, August 28 1986, HV A/III/AG/018. In: BStU MfS AGMS Nr. 10208-88, S. 67.

54 Informationsmappe für den Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Jemenitischen Sozialistischen Partei [...] Ali Nasser Mohammed, November 1984, In: BStU MfS HA II Nr. 28712, 161; Na'ana, Hamida: The Homeland. Garnet 1988, In: Dresch, Paul: A History of Modern Yemen. Cambridge 2000, S. 120.

Gründe für die scheinbar verzögerte Entwicklung vor allem außerhalb der eigenen Staatsgrenzen zu suchen scheint. Moskau und Ost-Berlin haben viel investiert, um eine sichere Basis in der Region sowie einen abhängigen und somit loyalen Verbündeten zu gewinnen. Die Ereignisse von 1986 sollen nun zeigen, daß nicht nur die JSP, sondern auch sie ihr politisches Ziel nicht mehr erreichen werden, denn die stetige Intensivierung der Beziehungen der Folgejahre fand nun ein abruptes Ende.

Die „Krise von 1986“, ein blutiger Coup innerhalb der Führungsriege der JSP,⁵⁵ endet mit der Absetzung aller einstigen politischen Führer und „Helden“ der Revolution. Die Unkontrollierbarkeit des vermeintlich loyalen Bündnispartners wird sowohl der Sowjetunion also auch der DDR schmerzlich bewußt. Doch während Moskau schon bald die diplomatischen Fäden wieder in und das neue Regime an die Hand nimmt, um an das bisherige sowjetische Engagement anzuknüpfen,⁵⁶ geht Erich Honecker, zu diesem Zeitpunkt mehr oder weniger die zentrale außenpolitische Entscheidungsinstanz der DDR, auf Abstand. Langjährige persönliche Freundschaften zwischen Honecker, der SED-Führungsriege und zentralen Figuren der NF und JSP, insbesondere dem Revolutionsführer und späteren Präsidenten Ali Nasir Muhammad,⁵⁷ hatten die Beziehungen zwischen der DDR und der VDRJ befördert und auf dem „kurzen Dienstweg“ sichtlich vereinfacht. Ihr Verschwinden hinterläßt nun jedoch umgekehrt ein nicht ohne weiteres füllbares diplomatisch-politisches Vakuum und zersetzt die Beziehungen von Südjemen und der DDR nachhaltig. Die vorsichtige Regeneration der Beziehungen wird erst ein gutes Jahr später in Gang gesetzt – interessanterweise unter Federführung des MfS: Die Staatsicherheit ist es, die schließlich die Begnadigung des persönlichen Freundes von Erich und Margot Honecker, Hassan Al-Salami, einst Bildungsminister unter Ali Nasir, im März 1989 erwirkt und somit den Weg für eine erneute Annäherung ebnet.⁵⁸ Die vierte und letzte Phase von 1986 bis 1990, die Phase der Zurückweisung, bietet den Beziehungen nicht mehr ausreichend Zeit, sich noch einmal zu erholen. Beide Staaten hören mit der jemenitischen und deutschen Vereinigung 1990 auf zu existieren. Somit findet auch eine der intensivsten Phasen der DDR-Außenpolitik ihr Ende.

Sozialistisches State- und Nation-Building in Südjemen: Motive und Strategien der DDR

„Wir [die Arbeitsgruppe des MfAA zur Krise von 1986] haben damals schon den Schluss gezogen, [...] dass [das Ganze wie] wir den Südjemeniten geholfen haben, eine Verfassung auszuarbeiten und alles Mögliche an Erfahrungen der DDR, die vermittelt wurde, eigentlich übergestülpt wurde. Nicht nur weil wir das so wollten. Die Südjemeniten [und die Jemenitische Sozialistische Partei] wollten es ja selbst.“⁵⁹

Stellvertretender Außenminister der DDR a.D. Heinz-Dieter Winter 2012

Eine der zentralen Fragen, die sich im Zusammenhang der Interpretation von DDR-Außenpolitik als Politik des State-und Nation-Buildings stellt, gilt den möglichen Motiven

55 Yahia, Hassan Anis: Information über die Entwicklung in der Volksdemokratischen Republik Jemen und internationale Reaktionen, Februar 1986, BStU MfS HVA Nr. 40, Teil 1 von 2, S. 179; Burrowes, Robert D., Ali Nasir Muhammad al-Hasani [1939–]. In: Mattar, Philip (Ed.), *Encyclopedia of the Modern Middle East and North Africa*. New York 2004, S. 143.

56 Abschrift zur Entwicklung in der VDR Jemen, HA II/14, March 13 1986. In: BStU MfS ZAIG Nr.6725, S. 85.

57 Gespräch mit Fritz Balke am 23.05.2011.

58 Vermerk über ein Gespräch mit Dr. Hassan as-Sallami [sic!]. In: BStU MfS Abt.X Nr.234 Teil 1 von 2, S. 53; Blitz Telegramm Seidel an MfAA über ein ausführliches Gespräch mit Ad-dali [sic!], 20. März 1989. In: BStU MfS Abt.X Nr.234 Teil 1 von 2, S. 60; Gespräch mit Fritz Balke am 23.05.2011.

59 Gespräch mit Heinz-Dieter Winter am 03.07.2012.

dieser außergewöhnlich intensiven Außenpolitik, wie sie in Aden umgesetzt wurde. DDR-Außenpolitik ist unmittelbarer Ausfluß der SED-Herrschaft.⁶⁰ Entsprechend erzwingt diese Interpretation außenpolitischer Aktivität der DDR die Einbeziehung des politischen Systems der DDR in die Untersuchung und offenbart auf diese Weise ein schonungsloses Bild des Widerspruchs zwischen ideologischem Anspruch und politischer Realität im SED-Staat. Zwar bezieht sich die Außenpolitik der DDR offiziell auf ideologische Ideale, doch müssen diese regelmäßig realpolitischen Erwägungen, politischen wie wirtschaftlichen Vorteilen, weichen. So beliefert der „Friedensstaat“ DDR Anfang der 1980er Jahre während der Auseinandersetzungen zwischen Nord- und Süd-jemen wie auch im Irak-Iran-Krieg beide Konfliktparteien mit Waffen.⁶¹

Die Mehrheit der Analysen zur Außenpolitik der DDR im „Global South“ beschäftigt sich vorrangig mit dem wirtschaftlichen und militärischen Engagement der DDR, da ostdeutscher Außenpolitik bislang, vor allem aufgrund ihrer Einbindung in die sowjetische Außenpolitik, wenig mehr an Inhalt zugestanden wurde. Die vorliegende Fallstudie zielt deshalb vorrangig darauf, die analytische Perspektive auf das gesamte außenpolitische Engagement der DDR in Süd-jemen auszuweiten, um den obigen Ansatz kritisch hinterfragen zu können. Ungeachtet der wirtschaftlichen und, über den Umweg der Bestände der ostdeutschen Staatsicherheit, auch militärischen Investitionen in Aden, entwickelt das Engagement der DDR die größte Intensität und den signifikantesten Einfluß in völlig anderen Politikfeldern als dem Militär: im Bereich des Staatsaufbaus, hier vor allem in der Verwaltung und dem Rechtssystem, gegenüber der politischen Öffentlichkeit in Form von Gewerkschaften und den Medien, doch insbesondere der Bildungspolitik und ideologischen Erziehung der Bevölkerung im allgemeinen und der Jugend im besonderen. Der im Vergleich zur Sowjetunion bescheidene Beitrag an Entwicklungshilfe und Militärgütern dient in Süd-jemen allein als symbolisches Mittel zum Zweck: um zunächst das Vertrauen der Regierungen „sozialistischer Orientierung“ zu gewinnen und im Anschluß die „freundschaftlichen Bande“ mit dem Regime zu stärken. Die anderen Politikfelder hingegen bieten ein weites Betätigungsfeld ostdeutscher Außenpolitik, um die Entwicklung Süd-jemens nach den eigenen Vorstellungen in Richtung des „geplanten Aufbaus des Sozialismus“ zu beeinflussen.

Während der ersten außenpolitischen Phase sind die Aktivitäten der DDR vorrangig auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen und somit die Anerkennung der DDR durch das Adener Regime gerichtet. Die außenpolitische Neuorientierung nach der Welle der internationalen Anerkennung gelingt dabei in der VDRJ ausgesprochen zügig und Aden gehört bald zu den personal- und kostenintensivsten diplomatischen Standorten der DDR.⁶² Ab Anfang der 1970er Jahre liegt der Schwerpunkt ostdeutschen Engagements auf dem Aufbau eines funktionalen und effizienten Staatsapparates nach sozialistischem Vorbild. Abgesehen von der jemenitischen Verfassung beinhaltet dies

60 Vgl. Außenpolitik, in: Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973, S. 86 f.; Möller, Harald: DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit den Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran. Berlin 2004, S. 56 f.

61 Bericht über die durchgeführte Dienstreise nach Sanaa vom 9.1.–11.1.1989. In: BStU MfS Ag BKK NR. 95 Teil 1 von 2, S. 80; Telegramm Aden an Schalck-Golodkowski August 15 1988. In: BStU MfS AG BKK Nr.1661 Bd. 2, S. 125; Erzeugnis 940 – Sturmgewehr, 23.August 1988, Habenicht, BStU MfS AG BKK Nr.98, S. 226–229; Telegramm Sanaa an Schalck-Golodkowski, 2.Januar 1989. In: BStU MfS AG BKK Nr.174, S. 106; Gespräch mit Heinz-Dieter Winter am 03.07.2012. Zu den Waffenlieferungen an Irak und Iran: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Werkzeuge des SED-Regimes, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Zur Sache 2/94. Bonn 1994, S. 191 ff.

62 Abgesehen von Kuba und Nikaragua war intensives außenpolitisches Engagement der DDR außerhalb des Ostblocks zumeist auf eine weit kürzere Zeitspanne beschränkt, wie beispielsweise in Äthiopien.

vorrangig die Herausbildung eines Sicherheitsapparates und die Etablierung einer sozialistischen Staatspartei. Gleichzeitig betont die DDR die Notwendigkeit, die jemenitische Bevölkerung eng in diesen Prozeß einzubinden und dabei im Sinne von „Homogenisierung“ zur sozialistischen Gesellschaft des „Neuen Menschen“ mit „sozialistischer Persönlichkeit“⁶³ umzuformen.

Neben konkreter Beratung bei der Gesetzgebung, so zum Beispiel dem Entwurf eines Mediengesetzes, agiert die DDR hier vorrangig über die Akteure der „dritten Sphäre“ ostdeutscher Außenpolitik: die der Gesellschaft.⁶⁴ Diese „zivilen Akteure“, wie beispielsweise die Freundschaftsgesellschaften⁶⁵ oder auch die Brigaden der FDJ,⁶⁶ sollen zumindest dem Anschein nach jenseits von Partei und Staat agieren und sind vor allem auch in Südjemen ein zentraler Bestandteil der ostdeutschen „Low-Profile-Strategie“ auf dem Weg zur staatlichen Anerkennung der DDR. Entsprechend können diese Akteure dann nach der Anerkennung auf gewachsene persönliche Beziehungen vor Ort zurückgreifen, um auf die jemenitische Gesellschaft Einfluß zu nehmen. Ergänzt wird dieses Vorgehen durch die offizielle Kaderausbildung und Ideologieschulung in Aden,⁶⁷ aber auch in Ost-Berlin selbst. Auf diese Weise wird nicht allein den Parteifunktionären die ostdeutsche Auslegung des Marxismus-Leninismus nahegebracht, sondern es werden gleichzeitig zahlreiche Multiplikatoren ausgebildet, um die Ideologie in die Bevölkerung zu tragen. Die Klammer der „integrativen Ideologie“ im Prozeß des State- und Nation-Buildings steht folglich ganz im Dienste der DDR-Außenpolitik: Während vergleichbare ideologische Überzeugungen der DDR- und JSP-Funktionäre den Ausgangspunkt der Zusammenarbeit beim jemenitischen Staatsaufbau bilden, soll die ideologische Ausbildung diesen Zustand sichern und ausbauen. Schließlich ist die offizielle Rechtfertigung ostdeutschen Engagements im Global South im allgemeinen und in den Ländern der „Sozialistischen Orientierung“ im besonderen zuallererst ideologischer Natur: Das einstige diplomatische Personal der DDR hält bis heute am Konzept der „Internationalen Solidarität“ und der gegenseitigen Unterstützung sozialistischer Länder auf dem Weg zum Kommunismus fest.⁶⁸ An dieser Stelle wird besonders deutlich, inwiefern „Ideologie“ nicht nur als Klammer, sondern auch als Grundlage sozialistischen State- und Nation-Buildings fungiert, denn sowohl der „Aufbau staatlicher Institutionen“ als auch die „Integration der Gesellschaft“ sind unmittelbarer Ausfluß der Prinzipien der Ideologie, des Marxismus-Leninismus.

63 Segert/Zierke. In: Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 171 und 177.

64 Die Dissertation versucht eine Annäherung an die komplexe Kompetenzverteilung im Feld der Außenpolitik, der drei Sphären der Generierung von Außenpolitik und Führung der Parteispitze beschreibt: Parteiapparat, staatliche Institutionen und gesellschaftliche Akteure.

65 Golz, Hans-Georg: Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society – Möglichkeiten und Grenzen. Leipzig 2003.

66 Zusammenarbeit mit Jugend- und Studentenorganisationen in der Volksdemokratischen Republik Jemen 1969–1990. In: BArch DY 24/22196, 21884, 22197, 21886, und 22198; Informationsmappe für den Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Jemenitischen Sozialistischen Partei [...] Ali Nasser Mohammed, November 1984. In: BStU MfS HA II Nr. 28712, S. 176; Gespräch mit Hans Bauer am 20.06.2011; Scharfenberg, Günther: Jahre am Bab el-Mandeb. Als Botschafter in der Volksdemokratischen Republik Jemen. Berlin 2012, S. 44.

67 Bericht über eine Dienstreise in die VDRJ vom 22.3. bis 3.4.1977, Scheidig. In: PA AA, MfAA, C 1874, 87; siehe auch: Scheider, Christian: Der südliche Jemen und die Sowjetunion. Großmachtengagement und politische Radikalisierung in der Dritten Welt. Hamburg 1989, S. 262.

68 Kleines politisches Wörterbuch, 1973, S. 86 f; Marx, Karl: Critique of German Social Democracy's Gotha Program, In: Gilbert, Alan: Marx on Internationalism and War. In: Philosophy & Public Affairs, Vol.7, No.4, 1978, S. 346–369. Vgl.: <http://www.jstor.org/stable/2264962>. Letzter Zugriff: 18.03.2014; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.): Lenin, Wladimir Iljitsch. Werke (in 40 Bänden), Vol.31. Berlin-Ost 1959 (1966), S. 232.

Insbesondere während der 1970er Jahre betrachtet der Südjemen die DDR dabei als politisches Vorbild, wie die Funktionäre der NF/JSP nicht müde werden zu betonen.⁶⁹ Tatsächlich finden sich bereits frühzeitig zahlreiche Beispiele unmittelbaren ostdeutschen Einflusses in allen denkbaren Bereichen. Abgesehen vom Aufbau des jemenitischen Sicherheitsapparates⁷⁰ ist insbesondere der massive, langfristige Einfluß auf Rechtsprechung und Verfassungsentwicklung erwähnenswert. Vor allem letztere entwickelte sich nachweislich entsprechend einer, wenn auch diffusen, Pfadabhängigkeit ostdeutscher Verfassungsgenese:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“⁷¹

Art. 1, Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974

„Bewaffnet mit der Theorie des Wissenschaftlichen Sozialismus ist die Jemenitische Sozialistische Partei Führer der Gesellschaft und des Staates. [...] Sie führt den Kampf des Volkes und seiner Massenorganisationen an, [...] um schließlich den Aufbau des Sozialismus zu erreichen“.⁷²

Art. 2, Verfassung der VDRJ vom 31. Oktober 1978

Abgesehen von der ersten jemenitischen Verfassung von 1970, die bereits in weiten Teilen der Verfassung der DDR von 1968 ähnelt, vollzieht die jemenitische Verfassung 1978 einen mit der neuen DDR-Verfassung von 1974 direkt vergleichbaren Wandel, da nun in Aden wie schon zuvor in Ost-Berlin das Papier von der Verfassungswirklichkeit eingeholt und das „Primat der Partei“ schriftlich verankert wird. Die Volksdemokratische Republik Jemen scheint im realen Sozialismus angekommen.

Als Fremder gekommen, als Fremder gegangen: Marxismus-Leninismus in Südjemen

Sozialistisches State- und Nation-Building im Nachkriegseuropa muß aus der Sicht Moskaus als eine der erfolgreicherer außenpolitischen Strategien der Sowjetunion angesehen werden.⁷³ Die Umsetzung dieser Politik, einschließlich der Kreation einer führenden Avantgardepartei „neuen Typs“ nach sowjetischem Vorbild, wird schließlich Vorlage und Inspiration ostdeutschen Engagements im außenpolitischen Ausnahmefall, innerhalb des von Moskau gewährten Freiraums und jenseits westdeutscher Beschränkungen.⁷⁴ Die Politik der DDR in Südjemen kann nun zum einen als versuchte Kopie sowjetischer Außenpolitik interpretiert werden. Doch will die SED inhaltlich auch neue, DDR-spezifische Wege finden, um diese Politik umzusetzen. Veröffentlichungen aus dieser Zeit stellen die DDR als „progressive Industrienation“ dar, die selbstlos und groß-

69 Stenographische Niederschrift der Beratung mit der Delegation der NLF Südjemen am 2.11.1970 im Hause des ZKs. In: BArch SAPMO/DY 30/11407.

70 Allein die Gesetzgebung in diesem Zusammenhang spricht eine deutliche Sprache, so zum Beispiel der Erlaß eines Gesetzes, das 1975 den Umgang mit Ausländern für alle Jemeniten als Straftatbestand einführt. Wie der Botschafter der Bundesrepublik in Sana'a, Alexander Held, berichtet, leitet das MfS die Durchsetzung dieses Gesetzes selbst aktiv an. In: Botschafter Held, Sanaa, an das Auswärtige Amt, 3. Juni 1976. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Oldenburg 1976, Vol.1, 1. Januar bis 30. Juni, FN 3, S. 807.

71 Verfassung der DDR, vom 7. Oktober 1974. Vgl.: <http://www.documentarchiv.de/brd.html>. Letzter Zugriff: 14.10.2014.

72 Art. 2, Verfassung der VDRJ vom 31. Oktober 1978, veröffentlicht vom Außenministerium der VDRJ. Aden 1981.

73 Applebaum: *Iron Curtain*, Einleitung.

74 JSP – Avantgarde des jemenitischen Volkes. Auszüge aus dem Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei (I) und (II). In: *horizont* No.50/51 1978. In: BStU MfS HA II Nr.27368, S. 6 f.

zünftig ihren Anteil beim Aufbau „sozialistischer Zivilisation“ in der „Dritten Welt“ leistet.⁷⁵ Trotz der Wunschvorstellung vieler außenpolitischer Akteure der DDR dient diese Außenpolitik jedoch in erster Linie weniger dem höheren Zweck „internationaler Solidarität“, sondern vielmehr zuerst den nationalen Eigeninteressen der DDR: Auf der Grundlage der ideologischen Klammer des Marxismus-Leninismus generiert die SED gegenüber Aden eine tendenziell unflexible und vor allem intrusive Außenpolitik.

An den entlegensten Orten der Welt präsentiert sich die DDR insbesondere unter Honecker mit Vorliebe als souveräner und aktiver internationaler Akteur auf dem diplomatischen Parkett – auch um ihre unvollkommene Souveränität im Inneren auszugleichen. Zweifelsohne ist dies Teil der Erklärung für das häufig überschießende Engagement wann und wo immer dies der enge außenpolitische Rahmen der DDR, gesteckt von Moskau und Bonn, zuließ. Dabei transportiert der SED-Staat eine sozialistische Interpretation der „Bürde des weißen Mannes“⁷⁶: In der Herangehensweise der SED-Regierung an die Politik in Aden, in den konkreten Handlungen und Aussagen der Diplomaten vor Ort, deutet sich zweifelsohne eine Haltung ganz im Sinne der „Modernisierungstheorie“ der 1950er Jahre an. Die „unterentwickelten“ Staaten der „Dritten Welt“ würden die entwickelte sozialistische Welt mit Hilfe ihres wohlmeinenden „Partners“ DDR einholen. Zweifelsohne halten sich die Funktionäre der DDR dabei zumindest ab den 1970er Jahren für in der Lage, die imperial anmutende Außenpolitik des „großen Bruders“ Moskau zur Erweiterung der eigenen Einflusssphäre nachahmen zu können. Dies geschieht mit weit bescheideneren Mitteln und auch geringerer Intensität, doch mit mindestens gleichem ideologischem Anspruch. Zweifelsohne muß die Politik sozialistischen State- und Nation-Buildings der DDR in Südjemen als „imperialistische Variante externen Nation-Buildings“⁷⁷ gelten. Bis zu ihrem Untergang erachtet die SED ihre Interpretation des sozialistischen State- und Nation-Buildings als funktionelle „Roadmap“, um zunächst einen sozialistischen und dann einen kommunistischen Staat auch unter der Sonne Südarabiens zu errichten.

Dabei hat die DDR, wie auch andere externe Mächte vor ihr, im höchsten Falle indirekt Spuren hinterlassen: Der Sozialismus der DDR hatte als „Fremder [in Aden] angelegt, war eine Weile geblieben, um dann weiterzuziehen.“⁷⁸ Die Al-Hirak-Bewegung spricht in keinem Falle zuerst vom einstigen marxistisch-leninistischen System ostdeutscher Prägung: Die Slogans der Separatisten vermischen zuerst die identifikationsstiftenden Quellen mit der stärksten Integrationskraft für die heterogene Bewegung. Sie beziehen sich auf die „Söhne Arabiens“ und den Kampf um die Unabhängigkeit gegen die britische Besatzungsmacht und evozieren ein nostalgisches Bild von südjemenitischer Solidarität und Stabilität. Al-Hirak ruft nicht nach der einst von DDR-Beratern entworfenen Verfassung, sondern liefert vielmehr eine sehr selektive und dabei sehr jemenitische Interpretation des einstigen und einzigen marxistischen Staates in Arabien.

75 Gambke/Jacob/Mätzig: Sultanspaläste in Volkes Hand. Die Volksdemokratische Republik Jemen. Berlin (Ost) 1974. / Schußter, Hans-Jörg: VDR Jemen – Land am Golf von Aden. Friedrich-Schiller-Universität Jena 1987.

76 Kipling, Rudyard: The White Man's Burden: A Poem. New York 1899; Kleines Politisches Wörterbuch., Außenpolitik, S. 86; Scholtyseck, Joachim: Die Außenpolitik der DDR. Oldenburg 2003, S. 36.

77 Hippler: Nation Building, S. 177.

78 Mackintosh-Smith, Tim: Yemen. Travels in Dictionary Land. London 2007 (1988), S. 171.